

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hilfsfonds für die Oder-Region

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag bekundet den Menschen im Hochwassergebiet an der Oder und Neiße seine Solidarität und Sympathie. Der Deutsche Bundestag dankt den Soldaten der Bundeswehr, den Beamten des BGS, den Helfern des THW, den Feuerwehren, den vielen freiwilligen Helfern und örtlichen Kräften für ihren selbstlosen und hervorragenden Einsatz im Hochwassergebiet.
2. Für die vom Hochwasser betroffene Oder-Region wird ein Hilfsfonds mit einem Volumen von 300 Mio. DM eingerichtet. Die Mittel sind im Rahmen des Nachtragshaushalts 1997 zu veranschlagen. Die Mittel dienen in einem ersten Schritt der schnellen Hilfe in besonderen Notlagen sowie der finanziellen Unterstützung der Aufräum- und Wiederaufbauarbeiten in der Region im Rahmen eines Nationalen Wiederaufbauprogramms.
3. Das Ausmaß der Schäden in der Oder-Region ist noch nicht vollständig überschaubar, aber bereits heute steht fest, daß ihre Dimension die der bisherigen Naturkatastrophen in Deutschland weit übersteigt. Bereits jetzt rechnen Experten mit einem Gesamtschaden in Milliardenhöhe. Die Beseitigung der Schäden in der Oder-Region ist daher eine nationale Aufgabe, die die Kräfte des Landes Brandenburg weit übersteigt.

Deshalb fordert der Deutsche Bundestag für das Überschwemmungsgebiet an der Oder ein Nationales Wiederaufbauprogramm. Die Deiche müssen saniert und verstärkt und die öffentliche Infrastruktur muß so schnell wie möglich wiederhergestellt werden. Mittelständische Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe müssen bei der Bewältigung der existenzgefährdenden Hochwasserschäden unterstützt werden.

Das genaue Volumen dieses nationalen Wiederaufbauprogramms ist festzulegen, sobald das Hochwasser zurückgegangen ist und der Schadensumfang genauer ermittelt werden kann. An dem Programmvolumen wird sich der Bund unter Ein-schluß der Hilfen der Europäischen Union zu zwei Dritteln be-teiligen, soweit das Volumen des Hilfsfonds von 300 Mio. DM überschritten wird.

Bonn, den 31. Juli 1997

Rudolf Scharping und Fraktion

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion